



Stadtparlament: Einfache Anfragen

Einfache Anfrage Basil Oberholzer: Armeepropaganda in St.Gallen?; Beantwortung

Am 27. August 2013 reichte Basil Oberholzer die beiliegende Einfache Anfrage betreffend „Armeepropaganda in St.Gallen?“ ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

Die Stadtpolizei hat jedes Jahr Hunderte völlig unterschiedlicher Gesuche für die Nutzung des öffentlichen Raumes zu beurteilen. Bewilligungspflichtig ist der gesteigerte Gemeingebrauch, also jene Nutzung des öffentlichen Raumes, die nicht bestimmungsgemäss bzw. gemeinverträglich ist. Das entsprechende Gesuch kann benutzerfreundlich über das Internet ausgefüllt werden.¹ Kriterien sind dabei insbesondere Grösse der Veranstaltung, gewünschter Durchführungsort (Eventplatz), notwendige Infrastruktur, erwartete Lärmemissionen sowie - bei entsprechender Grösse - Abfall- und Reinigungskonzept. Im Internet einsehbar sind auch die Belegungsliste und der Belegungskalender der 18 Eventplätze:



¹ <http://www.stadt.sg.ch/home/wirtschaft-arbeit/gewerbe-veranstaltungen/bewilligungen-oeffentlicher-Raum/bewilligungsgesuche.html>.



Unterstellt man einer Veranstaltung einen ideellen Gehalt, sind die Voraussetzungen für die Bewilligungserteilung klar: Sofern keine gewichtigen Interessen dagegen sprechen, ist die Bewilligung zu erteilen.² Es ist also nicht an der Stadtpolizei als Bewilligungsbehörde zu beurteilen, ob die Zielsetzungen einer Aktion „ein besonders freundliches Bild“ abgeben oder ob es „Besseres“ zu bieten gibt. Eine derartige Bewertung käme einer Inhaltskontrolle gleich und widerspricht einem pluralistischen gesellschaftlichen und politischen Verständnis. Ein allfälliges Gesuch der Armee zur Nutzung des öffentlichen Raumes wird nach denselben sachlichen Kriterien beurteilt wie jede andere Veranstaltung.

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Einfache Anfrage vom 27. August 2013

² Einzelheiten dazu in Ziff. 6 der Vorlage Stadtparlament Nr. 1475 vom 16. Februar 2010 oder Ziff. 2 der Vorlage Stadtparlament Nr. 249 vom 28. Februar 2013.

